Stadt Kamen

Niederschrift

über die 4. Sitzung
des **Haupt- und Finanzausschusses**
am Dienstag, 19. September 2000
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:05 Uhr
Ende: 17:15 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD
- Herr Behrens
- Herr Drescher
- Frau Dyduch
- Herr Etzold
- Frau Gube
- Herr Hupe
- Herr Lipinski
- Frau Lungenhausen
- Herr Madeja
- Herr Stahlhut

Ratsmitglieder CDU
- Herr Hasler
- Herr Hitz
- Herr Kissing
- Herr Klein
- Frau Middendorf
- Frau Scharrenbach
- Herr Schneider

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN
- Frau Schneider

Beratendes Mitglied F.D.P.
- Herr Bremmer

Verwaltung
- Herr Baudrexl
- Herr Brüggemann
- Herr Erdtmann
- Herr Flaskamp
- Herr Lantin
- Frau Schwenzner
- Herr Sostmann
- Herr Tost

entschuldigt fehlten
- Herr Ebbinghaus

Herr Bürgermeister **Erdtmann** begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Zustellung der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die Sitzung.

Gegen den Antrag der Verwaltung, die Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte A. 11 und B. 2.3 zu erweitern wurden keine Einwände erhoben.

Einvernehmlich wurden die Tagesordnungspunkte A. 1 und A. 4 bis A. 7 ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Neuordnung des Schulwesens in Kamen 1. Schulentwicklungsplan 2005 2. Schulorganisatorische Maßnahmen an den Gesamtschulen 3. Standortvorschläge für die Realschule und die Hauptschule 4. Rechtsverordnung über die Bildung von Schulbezirken und Schuleinzugsbereichen	159/2000
2.	Bevölkerungsvorausschätzung bis 2005	111/2000
3.	Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes	169/2000
4.	Bildung einer Einigungsstelle nach § 67 des Landespersonal-vertretungsgesetzes NW hier: Bestellung des Vorsitzenden, des Stellvertreters und der Beisitzer	168/2000
5.	Jahresabschluss des Städt. Hellmig-Krankenhauses Kamen für das Jahr 1999	144/2000
6.	Jahresabschluss Städt. Sparkasse Kamen 1999	134/2000
7.	- Jahresabschluss Städt. Sparkasse Kamen 1999 - Entlastung der Sparkassenorgane	135/2000
8.	Mitteilung der Verwaltung über die Betriebsergebnisse des Jahres 1999 der gebührenfinanzierten Kommunaleinrichtungen aufgrund der Ergänzung des § 6 Abs. 2 Satz 3 ff KAG NW	163/2000
9.	Fortschreibung des Mietspiegels für nicht preisgebundene (freifinanzierte) Wohnungen im Gebiet der Stadt Kamen zum 01.09.2000	156/2000
10.	Überplanmäßige Ausgaben im II. Quartal 2000	133/2000
11.	Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für die Sanierung des Bürgerhauses in Kamen-Heeren, Hhst. 880.95000 hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung	176/2000
12.	Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der HhSt. 4557.67225 Heimpflegekosten	166/2000
13.	Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für das Lernen mit neuen Medien	171/2000

14.	Dienstreise der Mitglieder des Partnerschaftsausschusses und ihrer Stellvertreter zu den Kamener Tagen nach Montreuil-Juigné, Frankreich hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung	138/2000
15.	Benennung von Straßen	157/2000
16.	Erarbeitungsstand des Bäderkonzeptes der GSW bzw. zukünftige Nutzung der Frei- und Hallenbäder in Kamen hier: Antrag der CDU-Fraktion	
17.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Grundstücksangelegenheiten	
1. 1	Grundstücksverträge	
1. 1.1	Abschluss eines Grundstückskaufvertrages zwischen der LEG Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen GmbH und der Stadt Kamen	181/2000
1. 2	Bericht über Grundstücksangelegenheiten gem. § 16 Abs. 3 a der Hauptsatzung	
2.	Vergabeangelegenheiten	
2. 1	Anschaffung eines Kommunal-Lkw-Kipper-Fahrgestells mit Absetzkipper für den Fuhrpark des Baubetriebshofes (Ersatzbeschaffung)	142/2000
2. 2	Anschaffung eines Personalabrechnungsverfahrens	160/2000
2. 3	Abschluss eines Bauvertrages zwischen der Stadt Kamen und dem Pächter des Bürgerhauses in Kamen-Heeren	178/2000
3.	Befristete Niederschlagung einer rückständigen Unterhaltsforderung	136/2000
4.	Befristete Niederschlagung einer unbefristeten Unterhaltsforderung	153/2000
5.	Unbefristete Niederschlagung einer bereits befristet niedergeschlagenen Gewerbesteuerforderung	155/2000
6.	Bericht des Gemeindeprüfungsamtes des Kreises Unna über die überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Kamen für die Haushaltsjahre 1996 und 1997	170/2000
7.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
8.	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

159/2000 Neuordnung des Schulwesens in Kamen
1. Schulentwicklungsplan 2005
2. Schulorganisatorische Maßnahmen an den Gesamtschulen
3. Standortvorschläge für die Realschule und die Hauptschule
4. Rechtsverordnung über die Bildung von Schulbezirken und Schuleinzugsbereichen

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 2.

111/2000 Bevölkerungsvorausschätzung bis 2005

Auf Vorschlag von Herrn **Erdtmann** wurde die Beratung im Haupt- und Finanzausschuss zurückgestellt. Die Vorlage soll zunächst im Planungs- und Umweltausschuss behandelt werden.

Zu TOP 3.

169/2000 Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes

Die Frage von Herrn **Kissing**, ob das Ablaufschema hinsichtlich der Zeitplanung mit der Planung in anderen Städten kompatibel sei, wurde von Herrn **Baudrexl** bejaht. Die Ablauforganisation entspreche der in anderen Städten, werde im Laufe des Verfahrens aber sicherlich angepasst werden müssen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.

168/2000 Bildung einer Einigungsstelle nach § 67 des Landespersonalvertretungsgesetzes NW
hier: Bestellung des Vorsitzenden, des Stellvertreters und der Beisitzer

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 5.

144/2000 Jahresabschluss des Städt. Hellmig-Krankenhauses Kamen für das Jahr 1999

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 6.

134/2000 Jahresabschluss Städt. Sparkasse Kamen 1999

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 7.

135/2000 - Jahresabschluss Städt. Sparkasse Kamen 1999 - Entlastung der Sparkassenorgane

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 8.

163/2000 Mitteilung der Verwaltung über die Betriebsergebnisse des Jahres 1999 der gebührenfinanzierten Kommunaleinrichtungen aufgrund der Ergänzung des § 6 Abs. 2 Satz 3 ff KAG NW

Herr **Baudrexl** informierte über die Ergänzung im Kommunalabgabengesetz, wonach Kostenüber- und -unterdeckungen innerhalb von 3 Jahren auszugleichen sind. In der Vergangenheit seien Unterdeckungen regelmäßig vom allgemeinen Haushalt getragen worden, während Überdeckungen teilweise bereits in Kalkulationen der Folgejahre an die Gebührenzahler zurückgegeben werden konnten. Mit der KAG-Ergänzung komme den entgeltrelevanten Ergebnissen der Betriebsabrechnungen eine noch höhere Bedeutung zu, da sie die Höhe des kalkulierten Gebührenbedarfs unmittelbar korrigierten. Da die Gebühren im voraus kalkuliert würden, entstünde immer die Frage der Über- bzw. Unterdeckung. Beim Rettungsdienst sei bereits jetzt eine Unterdeckung festzustellen, so dass über Kostenreduzierungen nachgedacht werden müsse.

Herr **Hasler** begrüßte die Betriebsabrechnungen. Aufgrund der Unterdeckung im Rettungsdienst bat Herr Hasler, alle Möglichkeiten für Einsparungen in Betracht zu ziehen. Im Bereich des Bestattungswesens bestünden schon jetzt erhebliche Kosten für die Bürger. Hier müsse ein Fehlbetrag durchaus in Kauf genommen werden. Abschließend fragte Herr Hasler an, wie die Buchung zu den Sammelnachweisen erfolge.

Zu den Gebühren im Rettungsdienst führte Herr **Baudrexl** aus, dass sich hier die Frage der Qualität stelle und ein Vergleich schwierig sei. Für den Bereich des Bestattungswesens werde eine neue Gebührenkalkulation erforderlich sein. Auf die Buchungsfrage zu den Sammelnachweisen teilte Herr Baudrexl mit, dass die Zubuchung unmittelbar erfolge und nicht erst bei der Auflösung.

Zu TOP 9.

156/2000 Fortschreibung des Mietspiegels für nicht preisgebundene (freifinanzierte) Wohnungen im Gebiet der Stadt Kamen zum 01.09.2000

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt dem zwischen dem Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer-Bezirksverband e.V. und dem Mieterverein Kreis Unna e.V. ausgehandelten Entwurf eines neuen Mietspiegels – Stand: 01.09.2000 – zu und beauftragt die Verwaltung mit dessen Unterzeichnung und Bekanntmachung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 10.

133/2000 Überplanmäßige Ausgaben im II. Quartal 2000

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 11.

176/2000 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für die Sanierung des Bürgerhauses in Kamen-Heeren, Hhst. 880.95000
hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

Beschlussempfehlung:

Die nachfolgende, gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW getroffene Dringlichkeitsentscheidung wird gem. § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NRW genehmigt.

Bei der Haushaltsstelle 880.95000 - Sanierung des Bürgerhauses Kamen-Heeren - werden 119.000,00 DM überplanmäßig zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 12.

166/2000 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der HhSt. 4557.67225 Heimpflegekosten

Beschlussempfehlung:

Der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 790.000,-- DM bei der Haushaltsstelle 4557.67225 – Heimpflege – wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 13.

171/2000 Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für das Lernen mit neuen Medien

Beschlussempfehlung:

Für die Anschaffung von Hardware werden außerplanmäßig 142.452,12 DM zur Verfügung gestellt.

Die außerplanmäßige Ausgabe ist gedeckt durch die Landeszuweisung zur Förderung der technischen Ausstattung für das Lernen mit neuen Medien gem. § 18 Abs. 2 GFG 2000.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 14.

138/2000 Dienstreise der Mitglieder des Partnerschaftsausschusses und ihrer Stellvertreter zu den Kamener Tagen nach Montreuil-Juigné, Frankreich hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

Beschluss:

Die nachfolgende, gem. § 60 Abs. 2 Satz 1 GO NW getroffene Dringlichkeitsentscheidung wird gem. § 60 Abs. 2 Satz 2 GO NW genehmigt.

Die 4-tägige Dienstreise der Mitglieder des Partnerschaftsausschusses und ihrer Stellvertreter nach Montreuil-Juigné, Frankreich, anlässlich der alljährlich stattfindenden Kamener Tage vom 14. - 17.09.2000, wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 15.

157/2000 Benennung von Straßen

Herr **Klein** beantragte, den Tagesordnungspunkt zur Beschlussfassung an den Rat zu verweisen. Sein Vorschlag sei, Straßen nach den Ehefrauen von prominenten Erfindern zu benennen. Hierdurch könne neben der Würdigung des Verdienstes der Ehefrauen auch gleichzeitig die Förderung der Frauenunternehmertätigkeit betrieben werden.

Herr **Erdtmann** betonte, dass die Straßenbenennung durch Ratsbeschluss in seine Kompetenz falle. Am Beispiel des ehemaligen Monopolgeländes werde zudem deutlich, dass in Kamen Straßen auch nach Frauen benannt werden.

Sein Vorschlag beinhalte bei pressemäßig überregionaler Auswertung, so Herr **Klein**, auch größere Chancen für die Vermarktung.

Herr **Hupe** teilte nicht die Auffassung von Herrn Klein, Namen der Ehefrauen als Werbung einzusetzen. Dies könne als Werbegang missverstanden werden und komme den Frauen nicht entgegen. Straßenbenennungen nach Frauennamen aufgrund deren eigener Leistungen seien dagegen ein guter Ansatz.

Zu TOP 16.

Erarbeitungsstand des Bäderkonzeptes der GSW bzw. zukünftige Nutzung der Frei- und Hallenbäder in Kamen
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Kissing** verwies auf die Zielsetzung im Haushaltssicherungskonzept, durch eine veränderte Angebotsstruktur zu einer Senkung der Fehlbetragsabdeckung der Gemeinschaftsstadtwerke in Höhe von 250.000,00 DM zu kommen. Dies bedeute auch eine Kostensenkung bereits im Jahr 2000. Da durch den Aufsichtsrat der GSW und durch die Stadt bekannt sei, dass ein Bäderkonzept erarbeitet werde, bitte seine Fraktion um einen Sachstandsbericht.

Herr **Flaskamp** unterstrich, dass für das Bäderkonzept der GSW auch die Gemeinschaftsstadtwerke GmbH der richtige Ansprechpartner sei. Seitens der Geschäftsführung sei ihm bekannt, dass an dem Konzept noch gearbeitet werde. Mit den Vereinen seien konstruktive Gespräche geführt worden, die allerdings noch nicht zum Abschluss gekommen seien.

Im Hinblick auf die schlechten Witterungsverhältnisse in diesem Sommer und den daraus zu erwartenden Mehrkosten statt der geplanten Einsparungen fragte Herr **Hasler** an, wann mit der Vorlage des Bäderkonzeptes zu rechnen sei.

Herr **Erdtmann** antwortete, dass sich der Aufsichtsrat der GSW voraussichtlich in einer Klausurtagung im Dezember mit dem Bäderkonzept befassen werde.

Zu TOP 17.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

<u>Mitteilungen</u>

1. Herr **Stahlhut** berichtete über die Dienstreise der Kamener Delegation zum Europatag des Internationalen Rates der Gemeinden und Regionen Europas in Oulu/Finnland in der Zeit vom 14. – 17.06.2000. Die Teilnahme an dem Kongress habe die Beteiligten in ihrer Auffassung über die Sinnhaftigkeit dieser Zusammenkünfte bestärkt, da hierdurch ein europaweit grenzüberschreitender Informationsaustausch der Interessenvertreter aus den Kommunen ermöglicht werde. Hauptthemen seien die lokalen Gebietskörperschaften im neuen Jahrtausend und die aktuellen Herausforderungen für die Gebietskörperschaften gewesen. Es sei um die Entwicklung von Strategien zur Stärkung und Förderung der kommunalen Selbstverwaltung und Selbstverantwortung gegangen. Es wurde eine Erklärung gegen staatliche Versuche, die kommunale Selbstverwaltung zu zentralisieren, verabschiedet. Ferner habe man an einem Workshop zu lokalen Beschäftigungsinitiativen teilgenommen und sich Einrichtungen vor Ort angesehen.

2. Herr **Erdtmann** informierte über seinen Besuch und den Besuch von einigen Mitgliedern des Verwaltungsvorstandes in der polnischen Stadt Sulecin in der Zeit vom 31.07. – 02.08.2000. Die Kamener Partnerstadt Beeskow sei mit Sulecin befreundet. Die Einladung sei während eines Treffens anlässlich des Partnerschaftsfestes in Beeskow Anfang Juni vom Bürgermeister und der Landrätin in Sulecin ausgesprochen worden. Ein Grund für die Annahme der Einladung seien auch die bereits bestehenden Kontakte zwischen der Carlo-Schmid-Schule, der Albert-Schweitzer-Schule in Beeskow und dem Lyzeum Sulecin gewesen. Die Schulen seien für das Projekt „Sprache im Wandel" am 18.01.2000 durch den Bundespräsidenten in Berlin ausgezeichnet worden. Bisher seien reine Verwaltungsgespräche geführt worden mit dem Ziel auszuloten, welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Kamen, Beeskow und Sulecin bestehen könnten. Eine Partnerschaft sei konkret nicht angesprochen worden. Für April 2001 sei eine Gegeneinladung an Sulecin ausgesprochen worden.

3. Herr **Baudrexl** teilte mit, dass am heutigen Tage der Bewilligungsbescheid für die Anlegung des Baumlehrpfades in Höhe von 195.000,-- DM eingegangen sei. Die Bewilligung gehe zurück auf das Preisgeld für die Gartenstadt Seseke-Aue. Die Maßnahme solle im Sommer 2001 umgesetzt werden.

4. Herr **Baudrexl** gab bekannt, dass die Position der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten durch das Landesgleichstellungsgesetz eine wesentliche Änderung erfahren habe und daher die Berufung einer Abwesenheitsvertretung sinnvoll sei. Zur stellvertretenden Gleichstellungsbeauftragten sei Frau Kirsten Backwinkel benannt worden.

5. Herr **Baudrexl** informierte, dass nunmehr vom Lippeverband eine Abwasserprognose und Belastungszahlen für die Stadt Kamen vorgelegt worden seien. Die Vorstellung werde in der Sitzung des Werksausschusses am 21.09.2000 erfolgen.

6. Herr **Brüggemann** nahm Bezug auf den Antrag von „Giftgrün" für die Aktion „Rock gegen Rechts" im Postpark. In Abwägung aller Interessen habe die Verwaltung sich entschieden, den Antrag unter Auflagen, z.B. Einschränkung auf 21.00 Uhr, Beschallungsrichtung, Toilettenwagen etc., zu genehmigen.

7. Herr **Brüggemann** wies auf den Ratsbeschluss vom 08.06.2000 zum Thema Hundehaltung hin und machte deutlich, dass sich die Rechtslage durch die am 06.07.2000 in Kraft getretene Landeshundeverordnung grundlegend geändert habe. Die bisherige Gefahrhundeverordnung vom 21.09.1994 sei damit außer Kraft gesetzt worden. Weiterhin gelten das Tierschutzgesetz, das der allgemeinen Gefahrenabwehr zugrunde liegende Ordnungsbehördengesetz und die Ordnungsbehördliche Verordnung des Kreises Unna. Zur praktikablen Umsetzung der Landeshundeverordnung und zur Moderation der Ausführungsbestimmungen

sei auf Kreisebene ein Arbeitskreis gegründet worden, dem auch die Stadt Kamen angehöre. Überdies habe am 16.08.2000 auf Initiative des Rathauses zwischen Vertretern der örtlichen Vereinsarbeit, der regionalen Verbandsarbeit und der Polizeistation Kamen ein erstes Informationsgespräch stattgefunden. Nach Vorliegen der Ausführungsbestimmungen zur Landeshundeverordnung solle das Gespräch fortgesetzt werden. Durch die neuen Bestimmungen sei der Ratsbeschluss vom 08.06.2000 obsolet, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Verwaltung beabsichtigt, die Bevölkerung zu gegebener Zeit über die neue Rechtslage zu informieren. Bis zu diesem Zeitpunkt würden die Ausführungsbestimmungen vorliegen und sich auch die Arbeitsgruppe auf Kreisebene auf einen praktikablen Anwendungsweg verständigt haben. Verwaltungsintern werde noch zu erörtern sein, inwieweit Änderungen bei der Festlegung der Hundesteuer parlamentarisch vorzutragen seien.

Abschließend teilte Herr Brüggemann mit, dass aufgrund der allgemeinen Informationen zum Thema Landeshundeverordnung in der jüngeren Vergangenheit ca. 200 Neuanmeldungen von Hunden aller Rassen in Kamen vorgenommen worden seien.

8. Herr **Brüggemann** sprach das Thema „Saubere Stadt“ an. Unter den Fraktionen sei Einigkeit darüber erzielt worden, die Verwaltung mit der Vorlage eines Gesamtkonzeptes zu beauftragen. Seit Beginn des Jahres bestehe eine Arbeitsgruppe im Rathaus. Die Thematik werde heute angesprochen, da die Verwaltung sich in intensiven Gesprächen mit der GWA Unna befinde. Sofern die Fraktionen keinen grundsätzlichen Widerspruch erhöben, könnten mit der GWA die Details erarbeitet werden. Die Verwaltung werde dem Rat zur Novembersitzung eine entsprechende Beschlussvorlage vorlegen.

Herr Brüggemann informierte sodann über die Maßnahmenvorschläge zur Verbesserung der Sauberkeit in der Stadt. Die Leistungen seien natürlich nicht zum Nulltarif zu erhalten. Der Personaleinsatz solle unter Mithilfe der Sozialverwaltung unter Anwendung der hier bekannten Maßnahmen erfolgen. Dennoch verbleibe nach Anrechnung aller Personal- und Sachkostenzuschüsse eine vermutlich gebührenrelevante Unterdeckung, die sich mit Auslauf der Programme erhöhen werde. Es sei denn, die angelegten Maßnahmen griffen derart, dass der personelle Einsatz angemessen reduziert werden könne.

Herr **Erdtmann** ergänzte, dass den Fraktionen für ihre Beratungen schriftliche Unterlagen zur Verfügung gestellt würden.

Es mache Sinn, so Herr **Behrens,** das Problem mit Hilfe eines professionellen Partners zu lösen. Der Baubetriebshof allein sei damit überlastet und habe auch andere Aufgaben zu erfüllen. Die GWA arbeite zuverlässig, so dass die Verwaltung beauftragt werden solle, gemeinsam mit der GWA an dem Konzept weiterzuarbeiten.

Herr **Klein** regte eine Kooperation der Werkstatt Unna mit der GWA an.

Herr **Hasler** bat um frühzeitige Vorlage der Unterlagen mit differenzierten Angaben.

Auf den Einwand von Frau **Schneider**, anstelle einer umfangreichen Mitteilung, für die auch noch ein Votum gewünscht werde, einen Tagesordnungspunkt vorzusehen, teilte Herr **Brüggemann** mit, dass am gleichen Tage erst das letzte Gespräch mit der GWA geführt worden sei. Die Verwaltung erfülle mit dieser Information nur ihre Bringepflicht.

Herr **Bremmer** war der Auffassung, dass in der dargestellten Weise weiter verfahren werden solle.

Anfragen

1. Herr **Klein** fragte an, ob zusätzliches geschultes Personal eingestellt würde, um die Zwänge nach der Landeshundeverordnung, z.B. Leinen- und Maulkorbzwang, zu kontrollieren.

   Zusätzliches Personal werde nicht eingestellt, antwortete Herr **Brüggemann**. Die Mitarbeiter im Außendienst seien beauftragt, auf die Einhaltung der Bestimmungen zu achten.

   Auf die Frage von Herrn **Hasler** nach der Zahl der angeschriebenen Hundehalter und der Rückläufe teilte Herr **Brüggemann** mit, dass ca. 1.900 Hundehalter angeschrieben worden seien. Die bereits genannten 200 Neuanmeldungen resultierten aus dieser Aktion.

2. Auf die Frage von Frau **Schneider,** ob bei der Verwaltung die Eröffnung einer Rapsdieseltankstelle beantragt worden sei, antwortete Herr **Baudrexl**, dass ihm ein entsprechender Antrag nicht bekannt sei.

3. Frau **Schneider** bat um Mitteilung, wie die Verwaltung die Denkmalfrage zum Hof Volkermann sehe und ob mit einem überraschenden Abriss der Hofstelle gerechnet werden müsse.

   Herr **Baudrexl** wies die Unterstellung entschieden zurück. Die Verwaltung habe in der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 13.03.2000 einen umfassenden Sachstandsbericht gegeben. Das zuständige Ministerium habe sich der Auffassung der Stadt Kamen angeschlossen, dass das öffentliche Interesse an der geplanten Nutzung höher zu bewerten sei als der Denkmalwert. Es werde der Eindruck verbreitet, als ob die Stadt Kamen ihrer Aufgabe als Untere Denkmalbehörde nicht gerecht werde. Die Kritik sei nicht gerechtfertigt, da es eine umfangreiche Denkmalliste mit 103 Baudenkmälern und weiteren Bodendenkmälern gebe.

   Herr **Klein** regte an zu prüfen, ob der Schafstall nicht im Freilichtmuseum Hagen wieder aufgebaut werden könne.

Herr **Kissing** bedauerte, dass die Diskussionen zur Denkmalpflege so spät stattfinden. Die Diskutierenden sollten sich fragen, ob frühzeitig Vorschläge gemacht wurden. Das Umsetzen von Gebäuden sei sicherlich die beste Lösung. Der Kostenfaktor dürfe aber nicht übersehen werden. Als bedenklich bezeichnete Herr Kissing, wenn Projekte auf ministerieller Ebene abgestimmt werden müssten, da man sich damit selbst jede Entscheidungsfreiheit nähme. Abschließend fragte Herr Kissing an, ob die Stadtverwaltung zunächst die Stellungnahme des Ministers zum Hof von der Heide abwarte.

Herr **Baudrexl** machte deutlich, dass bereits in der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses dargelegt worden sei, dass noch inhaltliche Aufgaben zu leisten seien. Die Stellungnahme zum Hof von der Heide sei unabhängig davon, liege aber auch noch nicht vor. Beide Themen würden voraussichtlich im Oktober in der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses behandelt werden.

4. Aus der Presse sei zu entnehmen gewesen, so Herr **Kissing**, dass die SPD-Fraktion die Verwaltung beauftragt habe, im Bürgerhaus Methler die technischen Möglichkeiten zur Verbesserung der Akustik und die damit verbundenen finanziellen Aufwendungen zu prüfen. Er bat um Mitteilung, ob alle Fraktionen zeitgleich über das Ergebnis informiert würden.

   Herr **Erdtmann** legte dar, dass die SPD inhaltlich ein öffentliches Interesse formuliert habe und alle Fraktionen gleichermaßen informiert würden.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

gez. Erdtmann
Bürgermeister

gez. Lantin
Schriftführer